

# Antrag Nr. 21-F-21-0006

## SPD, CDU, GRÜNE

---

### Betreff:

Überprüfung Konsortialvertrag HSK  
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -

### Antragstext:

Die Lage an den Helios-Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) wurde schon oft im Sozialausschuss und der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. Durch die Stellungnahme Wiesbadener Kinderärztinnen und -ärzte zur Situation an der Kinderklinik des Krankenhauses ist das Thema wieder in den Mittelpunkt gerückt und damit verbunden der beschränkte Handlungsspielraum der Stadtverordnetenversammlung erneut deutlich geworden.

Die Überwachung des Versorgungsauftrags vonseiten der HSK liegt beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Dennoch trägt die LHW im Bereich der Daseinsvorsorge eine Verantwortung, weshalb sie ein großes Interesse daran hat, dass die Maximalversorgung vonseiten der HSK konstant aufrechterhalten wird.

Alle Appelle vonseiten der LHW an die Verantwortlichen der Kliniken blieben ohne Folgen und auch bei der Besetzung des von der Helios vorgeschlagenen Runden Tisches hatte die Stadt kein Mitspracherecht. Diese Zustände sind auch aufgrund der Tatsache, dass die LHW Mehrheitseignerin der HSK ist, nicht mehr tolerierbar.

### Der Ausschuss möge beschließen:

#### I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wer an dem im Dezember anberaumten „Runden Tisch“ der Helios HSK mit dem Gesundheitsdezernat und anderen betroffenen Akteuren teilnehmen durfte und welche Ergebnisse dieser zu Tage befördert hat.
2. Wo es einen Veränderungsbedarf bzw. eine Veränderungsmöglichkeit gibt, die der Stadt Wiesbaden als Mehrheitsgesellschafterin mehr Einfluss auf das operative Geschäft der HSK garantiert.

#### II. Der Magistrat wird beauftragt:

1. Diese rechtlichen oder auch informellen Möglichkeiten Einfluss auf die Geschäfte der HSK im Sinne der Einhaltung des im Konsortialvertrag festgelegten Versorgungsauftrags zu nehmen aufzuzeigen und zu implementieren.
2. Zu prüfen, ob die Vereinbarungen, welche im Konsortialvertrag mit dem Klinikbetreiber festgeschrieben wurden, aber auch darüber hinaus getroffene Vereinbarungen von diesem erfüllt werden und darüber ausführlich zu berichten. Hierbei soll vor allem die Versorgungslage in der Kinderklinik im Mittelpunkt stehen. Wenn möglich soll hierzu ein unabhängiges juristisches Gutachten erstellt werden.
3. Die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der LHW mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem Aufsichtsrat HSK aufzuzeigen und diese dann zu implementieren.

**Antrag Nr. 21-F-21-0006**  
**SPD, CDU, GRÜNE**

---

Wiesbaden, 17.02.2021

Simon Rottloff  
Fachsprecher  
(SPD-Fraktion)

Rebecca Tüshaus  
Fraktionsreferentin  
(SPD-Fraktion)

André Weck  
Fachsprecher  
(CDU-Fraktion)

Louise Lydia Wagenbach  
Fraktionsreferentin  
(CDU-Fraktion)

Konny Küpper  
Fachsprecherin  
(Bündnis 90/Die Grünen)

Linda Marschall  
Fraktionsreferentin  
(Bündnis 90/Die Grünen)